

Die fragwürdige Herrschaft der Politik über unsere Sprache

Referat vor der Schweizer Orthographischen Konferenz, Zürich, 1. Juni 2006

Meine Damen und Herren, es gibt kaum Menschen deutscher Muttersprache, die heute, nach 10jähriger Erprobung, die Rechtschreibreform für gelungen halten. Heute würde sie kein Politiker mehr beginnen. Das ist ein Erfolg des Widerstandes von Schriftstellern, Journalisten, Wissenschaftlern, Lehrern, Eltern und von Millionen Lesern. Trotzdem ist diese vermeintliche Reform eine Realität in den Schulen, in vielen Buchpublikationen und den meisten Zeitungen Deutschlands Österreichs und der Schweiz. Wie ist das möglich? Dazu will ich versuchen, aus eigener Erfahrung Gründe anzuführen – keineswegs eine Rechtfertigung, sondern eine Erläuterung im Rückblick. Man muß wissen, wie dieses Unternehmen organisiert wurde, um zu verstehen, warum es nicht längst gescheitert ist wie alle Rechtschreibreformversuche der Vergangenheit. Und man muß dies wissen, um sich in Zukunft besser wehren zu können.

Ich werde zuerst auf die drei Kommissionen eingehen, die die fachliche Arbeit geleistet haben, dann auf die Rolle der KMK, der „Ständigen Konferenz der Kultusminister der deutschen Länder“, also der Vertretung der deutschen Kulturpolitik in diesem Verfahren. Am Schluß möchte ich einige praktische Vorschläge machen. Denn unser aller Ziel muß es sein, eine einheitliche deutsche Rechtschreibung wiederzugewinnen, die von Schriftstellern und Journalisten, von Buch- und Zeitungsverlagen und von der großen Mehrheit der Leser im deutschen Sprachraum akzeptiert wird.

1

Wie wird man Mitglied einer Rechtschreibkommission? Ich berichte aus eigener Erfahrung. Man muß sich wissenschaftlich mit der Rechtschreibung beschäftigt haben und man muß ein entschiedener Verfechter einer Rechtschreibreform sein. Diese beiden Bedingungen hatte ich vor fast 20 Jahren erfüllt. Eben hatten die deutschen Kultusminister der Kommission für Rechtschreibfragen des Mannheimer Instituts für deutsche Sprache den Auftrag erteilt, zusammen mit entsprechenden Kommissionen der damaligen DDR, der Schweiz und Österreichs einen Vorschlag zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung auszuarbeiten. Die Initiative zu diesem Auftrag war von den Beauftragten selbst ausgegangen. Sie hatten sich diesen Auftrag selbst besorgt, wie der damalige Präsident des Mannheimer Instituts stolz berichtet hat. Jetzt suchte man nach weiteren Fachleuten für diese ehrenamtliche Aufgabe. Ich wurde als ein Spezialist für Sprachkontaktfragen von der Kommission vorgeschlagen und von der Institutsleitung ernannt. Nachträglich gesehen war das eine grobe Fehlberufung. Denn je eingehender ich mich mit den verschiedenen Bereichen und Problemen der Rechtschreibung befaßte, um so kritischer wurde ich gegenüber allen reformerischen Eingriffen in die tradierte Schreibung. Als einziges Mitglied stimmte ich gegen die geplante sog. Gemäßigte Kleinschreibung. 1997 wurde ich auch in die neue 12köpfige Kommission aus 6 deutschen, 3 Schweizer und 3 österreichischen Fachleuten berufen, eine Kommission, deren Einrichtung ich selber vorgeschlagen hatte, damit die Einführung der reformierten Rechtschreibung fachkundig begleitet werden konnte. Aus dieser Kommission, die viel zu spät konstituiert wurde, trat ich alsbald aus, als die deutschen Kultusminister nach dem Bekanntwerden der zahlreichen Mängel der Reform jedes Moratorium und jede Korrektur verweigerten.

Was war falsch am bisherigen Verfahren? Ich charakterisiere das gern mit einem Wort Goethes: „*Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem Zuknöpfen nicht zu Rande.*“ Der erste Fehler war der folgenreichste. Die Kommission – und ähnlich die der drei anderen Länder – war in keiner Weise repräsentativ zusammengesetzt: weder fachlich (es fehlten alle bekannten Vertreter der neuen Schriftlichkeitsforschung) noch in kultureller Hinsicht: kein Schriftsteller, kein Journalist, kein Verleger, keine der zahlreichen deutschen Akademien war vertreten. In den Kommissionen saßen nur Lobbyisten der Rechtschreibreform. Das gilt auch für die zweite, die gemeinsame internationale Kommission, in die vor allem die aktivsten Mitglieder der Vorgängerkommissionen berufen wurden. Zwar hat die KMK 1993 in Bonn ein Anhörungsverfahren durchgeführt, aber dies war überwiegend eine Farce, um den Vorwürfen einer einseitigen Vorbereitung zu begegnen. Aus diesem Kreis wurde später mit gleicher Absicht ein Beirat begründet, der aber völlig bedeutungslos blieb.

Wie haben die vier Fachkommissionen gearbeitet? In jeder von ihnen gab es sog. Hauptbearbeiter für einzelne Themen. Diese verfaßten Vorlagen, die zunächst in der jeweiligen Kommission und dann in Konferenzen aller Kommission (dem sog. Internationalen Arbeitskreis für Orthographie) beraten und als gemeinsamer Vorschlag beschlossen wurden. Die Fachkommissionen lösten sich 1995 auf, nachdem die Rechtschreibreform in Wien unter den politischen Delegierten einmütig vereinbart worden war. An ihre Stelle trat die internationale 12er-Kommission. Diese wurde voriges Jahr durch den bekannten 36köpfigen Rat für deutsche Rechtschreibung ersetzt. In ihm waren nun zum ersten Mal auch einige wenige Kritiker vertreten. Jetzt überließ man die Auswahl der Mitglieder den Institutionen, die man als Repräsentanten ausgewählt hatte. Sie durften Delegierte entsenden und mußten auch deren Unkosten bestreiten. Dabei war von Anfang an sichergestellt, daß eine klare Mehrheit für die Reform zustande kam. Immerhin: erstmals in der Geschichte dieses Unternehmens erhielt ein Organ maßgebliche Mitsprache, in dem die meisten Betroffenen der Rechtschreibreform vertreten waren. Diesem Rat ist es gelungen, einige der größten Mängel der Rechtschreibreform zu beseitigen, vor allem die sprachwidrige Regelung der Getrennt- und Zusammenschreibung.

Ich fasse diesen ersten Punkt zusammen: Die Initiative zur Rechtschreibreform ging von reforminteressierten Sprachwissenschaftlern und Didaktikern aus, die in schon bestehenden Kommissionen organisiert waren. Diese standen in der Tradition der gescheiterten Reformbewegungen der 50er und 60er Jahre. Ein Name mag hier für viele stehen: der bekannte Schweizer Germanist Hans Glinz hat die Mannheimer Kommission in den ersten Jahren als Emeritus geleitet. Sein Schüler Horst Sitta, Germanist in Zürich, und dessen Schüler Peter Gallmann, jetzt Professor in Jena, wurden später die aktivsten Schweizer Reformvertreter.

Der Fehler einer völlig einseitigen, vielfach auch zufälligen personellen Zusammensetzung aller Rechtschreibkommissionen hat die ganze Reform geprägt. Nicht verwunderlich, daß alle, die von den Vorbereitungen ausgeschlossen waren, die öffentliche Auseinandersetzung seit 1996 bestimmt haben. Es war eine denkwürdige, intensive Kulturdebatte.

2

Hier komme ich zum 2. Teil meines Kurzreferats. Wären diese Kommissionen auf sich allein gestellt gewesen, hätte es nie eine Rechtschreibreform gegeben. Sie wäre wie alle früheren Versuche in den Anfängen steckengeblieben. Aber es kam bekanntlich anders. Und dafür ist die Politik verantwortlich. Denn das Unternehmen Rechtschreibreform wurde von Anfang an von der Politik gesteuert und mit der Macht der Verwaltung durchgesetzt. Dies geschah wie folgt:

Parallel zu den vier Fachkommissionen wurden politische Arbeitsgruppen eingerichtet, die für die Abstimmung unter den beteiligten Ländern und für die Durchsetzung in ihnen zu sorgen hatten. Ich erläutere das am Beispiel der deutschen KMK, deren Arbeitsweise ich genau kennengelernt habe.

Die KMK ist ein informelles Gremium, das in Arbeitsgruppen, Kommissionen und durch Anhörungen alle kulturellen Angelegenheiten in Deutschland koordiniert, die ausschließlich Aufgabe der Bundesländer sind, aber doch nicht uneinheitlich geregelt werden sollen. Das gilt vor allem für Schulen und Hochschulen. Daraus leitet die KMK ihre Zuständigkeit für die Rechtschreibung ab.

Ich will gleich hier sagen, daß dies eine elementarer Irrtum ist. Die Kulturpolitiker glauben, Orthographie sei eine reine Schulangelegenheit, die man behandeln und vorschreiben könne wie Lehrpläne, Schulbücher und Schulabschlüsse. Tatsächlich, das wissen wir nun alle, ist die Orthographie einer Sprache der kulturelle Besitz der ganzen Sprachgemeinschaft, vor allem jener, die für eine große Leserschaft Bücher und Zeitungen verfassen und publizieren. Deshalb kommt von ihnen der entschiedene Widerstand gegen die Vorherrschaft der Politik auf diesem Feld. Die Rechtschreibung ist nicht irgendein manipulierbares Artefakt, sondern das Ergebnis eines langen Optimierungsprozesses, einer immer genaueren Anpassung der Schreibung an die Sprache mit dem Ziel, das Gemeinte so genau und so differenziert wie möglich schriftlich aufzuzeichnen. Dabei hält die Schreibung in allen Sprachen an den eigenen Traditionen der Verschriftung fest, bei uns zum Beispiel an der komplizierten Regelung der Vokallänge durch Dehnungs-*h*, Doppelvokal und *ie*. Die Orthographie jeder Sprache ist eine genuine kulturelle Leistung, die in enger Verbindung mit der betreffenden Sprachgeschichte steht. Sie ist darin Symbol der Muttersprache. Das ist ein Wert, für dessen Verteidigung viele zu Recht auf die Barrikaden gehen.

Daß Schüler diese grundlegende Kulturtechnik erlernen müssen, ist die Voraussetzung für ihre Existenz, aber nur ein Nebenaspekt ihres eigentlichen Wertes. Es ist der Grundfehler der Kulturpolitiker – meist sind es Schulminister –, daß sie diesen Nebenaspekt für die Hauptsache halten. Einige von ihnen haben das inzwischen eingesehen, voran der Vorsitzende des neuen Rechtschreibrates, der ehemalige bayerische Kultusminister Zehetmair.

Aber zunächst etwas über die Arbeitsweise der KMK. Die deutschen Bundesländer entsenden Kultusbeamten ihrer Ministerien in Arbeitsgruppen, die meist mit ehrenamtlicher Hilfe von Verbänden oder Fachgremien gemeinsame Vorlagen erarbeiten. Die Mannheimer Rechtschreibkommission und ihre Pendanten in Österreich und der Schweiz waren solche kostenlose Helfer. Ich sage mit Absicht „Helfer“. Denn die Arbeitsgruppe Rechtschreibreform der KMK hat nicht nur die Herrschaft über das ganze Verfahren fest in der Hand behalten, sondern auch inhaltliche Vorgaben gemacht. Erst waren sie Bremser gegen den Reformeifer – sie untersagten z.B. die Änderung der Längebezeichnung wie *Bot* mit einem *o* oder den Übermut in der Integration von Fremdwörtern wie *Packet* mit *ck*; anfangs sollte die Groß- und Kleinschreibung überhaupt nicht behandelt werden, später bestanden sie darauf, die bestehenden Regeln lediglich leicht zu modifizieren. Dafür hatte ich den Entwurf gemacht. Sie ahnten nicht, daß die Vertreter der Kleinschreibung auf einmal unter Schweizer Führung eine völlige Kehrtwende zur vermehrten Großschreibung vollziehen würden.

So konnte man zunächst durchaus Vertrauen haben, daß die Reformbäume nicht in den Himmel wachsen. Ganz anders aber war ihr Verhalten, nachdem die Reform 1996 in Deutschland, Österreich und der Schweiz beschlossen worden war. Jetzt setzte die KMK – und ähnlich ihre politischen Nachbarn – alles daran, die neuen Regeln in Schulen und Behörden zügig

durchzusetzen. Die ursprünglich vereinbarte zweijährige Übergangszeit wurde gestrichen. Bereits im Herbst 1996 wurde die neue Schulorthographie in vielen deutschen Bundesländern eingeführt. Gleichzeitig wurde Druck ausgeübt auf Schulbuch- und Jugendbuchverlage, sich anzuschließen. Der öffentliche Proteststurm, der nach Erscheinen der neuen Wörterbücher einsetzte, ließ sie kalt. Sie verweigerten Aufschub und Korrektur, für mich und kurz darauf für Peter Eisenberg Anlaß, aus der Kommission auszutreten. Auch vorsichtige Revisionsversuche dieser Kommission wurden nicht akzeptiert. Erst als nach der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Jahre 2004 weitere große Zeitungsverlage zur herkömmlichen Rechtschreibung zurückkehrten und damit das ganze Unternehmen Rechtschreibreform zusammenzuberechnen drohte, änderten sie ihre Strategie. Jetzt wurde in Absprache mit Österreich und der Schweiz der neue 36köpfige Rat eingerichtet, dem eine Überprüfung gestattet und eine wohlwollende Berücksichtigung seiner Empfehlungen in Aussicht gestellt wurde. Aber auch hier behielt die KMK das Gesetz des Handelns in fester Hand. Sie hat die Zusammensetzung des Rats bestimmt, seine Satzung erlassen, den Vorsitzenden vorgeschlagen und schließlich auch die zulässigen Bereiche einer Korrektur festgelegt. Jetzt hat sie die ersten vernünftigen Korrekturen genehmigt und sogleich den Rechtschreibfrieden verkündet. Verfrüht, so meine ich.

Dreierlei ist für dieses mächtige Organ der deutschen Kulturpolitik charakteristisch: ihre verborgene Arbeitsweise und Öffentlichkeitsscheu, ihre fehlende demokratische Legitimation und (leider auch) ihr Durchsetzungsvermögen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen treten niemals öffentlich auf, geben niemals Begründungen ab, sie formulieren nur die Statements, die ihre Minister dann verkünden. Sie sind so erfolgreich, weil alle Beschlüsse von Beamten verschiedener Bundesländer mit unterschiedlichen politischen Regierungsmehrheiten vorbereitet werden. So sind alle Parteien schon im Vorfeld eingebunden. Deshalb hat es nie eine Auseinandersetzung politischer Parteien in den verfassungsmäßigen Organen der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Die KMK hat nur einen wirkungsvollen Gegner: die Presse und die Buchverlage.

3

Damit komme ich zu einem kurzen dritten Teil.

Sind noch weitere Reparaturen möglich? Wie sollen sich die Verlage verhalten? Wie kann die Einheit der deutschen Rechtschreibung wiederhergestellt werden?

Die größte Gefahr droht meines Erachtens von übereilten Anpassungen an die jeweiligen neuesten politischen Wünsche. Davon hat es schon zu viel gegeben. Jetzt ist kritische Sorgfalt gefordert. Denn noch immer liegt keine endgültige Wörterliste vor. Ganz ähnlich wie 1996. Noch immer sind einige höchst fragwürdige Teile der Reform vom Rat gar nicht behandelt worden: die Groß- und Kleinschreibung, in der sich z.B. die neue Regel „im Zweifel groß“ mit der gegenteiligen von 1901 „im Zweifel klein“ gar nicht verträgt. So werden einerseits die häufigen Pronomen *mancher, einer, beide* weiterhin klein geschrieben, andere wie *einzelne* müssen jetzt groß geschrieben werden, und bei einer dritten Gruppe darf man wählen: *der eine/der Eine, der andere/der Andere, die meisten/die Meisten*: groß oder klein. Dann die lächerlichen Umlautschreibungen wie *behände, Stängel, schnäuzen*. Und schließlich die Unzahl von neuen Varianten. Einmal darf man jetzt wieder zusammenschreiben, was zusammen gehört, z.B. das Adjektiv *ratsuchend*, aber auch getrennt *Rat suchend*, wie es die Reform vorher wollte. Das gerade hat der Rechtschreibrat eben überwunden. Ich fürchte, diese Lust an Varianten hat nur einen Grund: die Politik fürchtet die Regreßforderungen von Verlagen, wenn sie jetzt erneut viele Schreibungen verbindlich ändert. Darum darf das für falsch Erkannte weiter als richtig gelten. Eine Katastrophe für die Schule und eine Zumutung für alle Verlage. Das sind die

typischen schiefen Kompromisse der Politik. Sie haben in der Sprache nichts zu suchen. Varianten darf es nur geben, wo die Sprache im Wandel ist. Deshalb muß es die Devise aller Zeitungs- und Buchverlage sein, in diesen Fällen die herkömmliche, vom Rat wiederhergestellte Variante auszuwählen. Einige Zeitungen sind hier schon mit gutem Beispiel vorangegangen oder haben es angekündigt. Das kann ihnen auch niemand verbieten. Die KMK hat hier wesentlich eine Revision ermöglicht, für die sie dann nicht verantwortlich gemacht werden kann. Das ist politische Schlaubergerei.

Meine Damen und Herren, Sie mögen vielleicht zweifelnd fragen: Kann die kleine Schweiz hier überhaupt etwas gegen den mächtigen Bruder im Norden ausrichten? Ich glaube ja. Sie muß sich nicht immer wieder durch die KMK überfahren lassen. Es geht schließlich um die Einheit der Rechtschreibung in allen deutschen Staaten. Hier kommt der Schweiz eine gleichberechtigte Mitsprache zu. Mancher deutsche Politiker wäre nicht unfroh, wenn man hier auf bedächtige Sorgfalt dringt. Vor der Schweizer Urdemokratie hat man Respekt. Nur eines darf nicht verlangt werden: ein völliger Abbruch der Reform. Aber wenn sie sich langsam in weiteren kleinen Revisionen von selbst erledigt, dann war das eben Volkes Wille. Dem, Meine Damen und Herren, möchte ich gerne zum Durchbruch verhelfen.

* Horst Haider Munske war bis zu seiner Emeritierung ordentlicher Professor für germanische und deutsche Sprachwissenschaft und Mundartkunde an der Universität Erlangen-Nürnberg. Zum Thema Orthographie veröffentlichte er unter anderem *Orthographie als Sprachkultur* (1997), *Die angebliche Rechtschreibreform* (2005) und *Lob der Rechtschreibung. Warum wir schreiben, wie wir schreiben* (2005).